

Deutschland ist anders

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 299 vom 22. Dezember 2016

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 299 vom 22. Dezember 2016, S. 8, unter dem Titel:

"Deutschland ist anders.
In Deutschland wird die Globalisierung positiv gesehen, und es besteht kein Bedürfnis nach einem radikalen Politikwechsel."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Schichten
	A	2	Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Rückblick und zukünftig
	A	3	Gute Aussichten für die junge Generation
	A	4	Die Globalisierung wird von allen Schichten als eher vorteilhaft für die deutsche Wirtschaft eingeschätzt
	A	5	Die unteren Einkommensschichten sehen sich unterdurchschnittlich als Profiteure der Globalisierung
	A	6	Nur ein Fünftel der Bevölkerung hält die Globalisierung für ein Risiko
	A	7	Zu TTIP und CETA haben viele keine Meinung
	A	8	Vor allem Anhänger der Linken und der AfD sehen Bürgerinteressen von der Politik kaum berücksichtigt
	A	9	Nur die Anhänger der Linken und der AfD fordern mehrheitlich eine grundlegende Änderung der Politik
		B	1
Schaubild		1	Profiteur der Globalisierung
		2	Veränderte persönliche Bilanz
		3	Assoziationen zu Globalisierung
		4	Distanz zwischen Politik und Bürgern
		5	Relative Zufriedenheit
		6	Politikwechsel?

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Deutschland ist anders

Das britische Referendum und der Ausgang der amerikanischen Wahlen wurden in den letzten Wochen oft als Votum gegen Globalisierung und für Protektionismus und Renationalisierung interpretiert, auch als Rache der Zurückgebliebenen an einem politischen Establishment, das sich zu weit von den Bürgern entfernt hat. Dabei wurden diese Interpretationsmuster teilweise nahtlos auf Kontinentaleuropa und auch Deutschland übertragen. Das ist erstaunlich, unterscheidet sich doch die Situation und Entwicklung Deutschlands gravierend vom anglo-amerikanischen Raum. Deutschland ist nicht nur einer der Hauptprofiteure auf den Weltmärkten, sondern hat auch andere Leitbilder für die Teilhabe der Bevölkerung an dem wachsenden Wohlstand und vor allem von der gesellschaftlichen Verantwortung für die schwächeren sozialen Schichten, die quer durch alle Schichten für richtig und notwendig gehalten wird.

Durch die seit mehr als einem Jahrzehnt robuste deutsche Konjunktur, die überwiegend den Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft geschuldet ist, hat sich die materielle Lage in allen sozialen Schichten verbessert, am wenig-

sten allerdings in den schwächeren sozialen Schichten. Der Anteil, der mit der eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden ist, hat sich in den letzten zehn Jahren in den höheren sozialen Schichten von 67 auf 78 Prozent erhöht, in der breiten Mittelschicht von 39 auf 53 Prozent, in den schwächeren Schichten nur von 22 auf 31 Prozent. Als eindeutig schlecht stufen heute 9 Prozent der Bevölkerung und auch nur 21 Prozent der unteren sozialen Schichten ihre Lage ein. Insgesamt zieht heute jeder Dritte die Bilanz, dass sich die eigene materielle Lage in den letzten fünf Jahren verbessert hat, während 15 Prozent von Wohlstandseinbußen berichten. Für die nächsten Jahre befürchten lediglich 9 Prozent eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage, während 23 Prozent mit einer Verbesserung rechnen.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Die langfristigen Zukunftsperspektiven der jungen Generation werden von 68 Prozent der Bevölkerung überwiegend positiv gesehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Deutschland gravierend von vielen europäischen Ländern, insbesondere auch von Frankreich und den südeuropäischen Nachbarn.

Tabelle A 3

Das ist kein Umfeld, in dem pauschale Globalisierungskritik dominiert und wächst. Die Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft von der Globalisierung profitiert, während 14 Prozent überwiegend schädliche Auswirkungen sehen. Viele, 35 Prozent der Bevölkerung, trauen sich hier kein Urteil zu, bei wirtschaftlichen Fragen kein un-

Schaubild 1

gewöhnlich hoher Anteil. Gerade die unteren Bildungs- und Einkommensschichten enthalten sich hier der Stimme, gehen aber ebenfalls weitaus eher von Vorteilen als von Nachteilen der Globalisierung für die deutsche Wirtschaft aus. Von den politisch und gesellschaftlich interessierten Bevölkerungskreisen sehen 60 Prozent überwiegend Vorteile, nur 15 Prozent überwiegend Nachteile. Tabelle A 4

Vorteile für die Wirtschaft sind jedoch in den Augen der Bürger keineswegs automatisch Vorteile für sie selbst. Die große Mehrheit kann keinen direkten Bezug zu ihrer eigenen Lage herstellen. Diejenigen, die einen direkten Zusammenhang sehen, sind jedoch im Verhältnis 2:1 überzeugt, dass sie Nutznießer und nicht Opfer der Globalisierung sind: 28 Prozent der Bürger diagnostizieren positive Auswirkungen der Globalisierung auf ihre eigene Lage, 13 Prozent vorwiegend Nachteile. Vor einem knappen Jahrzehnt fiel die persönliche Bilanz noch überwiegend negativ aus. Die niedrigeren Einkommensschichten leiten für sich persönlich weniger Vorteile aus der Globalisierung ab, aber nur begrenzt mehr Nachteile als der Durchschnitt der Bevölkerung. So sehen sich 19 Prozent derjenigen aus Haushalten mit unterdurchschnittlichen Einkommen als Nutznießer der Globalisierung, 17 Prozent als Benachteiligte. Schaubild 2
Tabelle A 5

Auch wenn die deutsche Bevölkerung sich und insbesondere die Wirtschaft eher als Nutznießer der Globalisierung sieht, steht sie der Entwicklung insgesamt zwiespältig gegen-

über. Einerseits assoziiert die Mehrheit Globalisierung mit besseren Chancen für Unternehmen und einem größeren Warenangebot, andererseits aber auch mit großen sozialen Unterschieden, Umweltschäden, Materialismus und weniger Menschlichkeit und durchaus auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen – trotz der besseren Chancen für die Unternehmen. 44 Prozent stellen auch eine Verbindung zu einem Verlust der deutschen Kultur her, 30 Prozent zu Empfindungen von Ohnmacht. Am wenigsten assoziieren die Bürger Globalisierung mit sinkenden Preisen und Wohlstand.

Schaubild 3

Die Assoziationen spiegeln das Wissen um das wirtschaftliche Potential der Globalisierung, aber auch die Sorge, dass sich Umwelt, Sozialstruktur und das gesellschaftliche Klima negativ entwickeln, wenn nur Gewinnchancen und Wachstum zählen. Die Frage ist, wieweit Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Globalisierung so begleiten und gestalten können, dass Ressourcenschonung, Teilhabe und gesellschaftliche Verantwortung anerkannte Leitideen und Gestaltungsprinzipien sind. Dieser Kurs wurde in den letzten Jahren in Deutschland wesentlich konsequenter verfolgt als gerade in den USA oder in Großbritannien. Wirtschaft und Politik tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass die Kollateralschäden, die aus einer einseitigen Ausrichtung auf Gewinnchancen in der globalen Wirtschaft entstehen können, begrenzt werden.

Bei aller Ambivalenz gibt es in Deutschland in der Breite keine vehemente Globalisierungs-

gegnerschaft. Weniger als ein Fünftel der Bevölkerung sieht die Globalisierung als ernste Gefahr für das Land. Auch die umkämpften Freihandelsabkommen treffen auf ein wesentlich offeneres Meinungsbild, als die öffentlichen Kontroversen und insbesondere die Präsenz der Gegner in der öffentlichen Debatte vermuten lassen. Weite Kreise der Bevölkerung haben keine Meinung zu TTIP wie zu CETA. In Bezug auf CETA haben 25 Prozent den Eindruck gewonnen, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada sinnvoll ist, während 27 Prozent das Abkommen kritisch bewerten; 48 Prozent trauen sich kein Urteil zu. Letztlich sind solche Abkommen Themen, die weiten Teilen der Bürger eher fremd sind. Das Interesse an Wirtschaftsthemen ist generell bemerkenswert niedrig und heute insbesondere in der jungen Generation noch geringer als vor 10, 15 Jahren.

Tabelle A 6

Tabelle A 7

Der Mehrheit ist jedoch durchaus bewusst, dass ein Exportland wie die Bundesrepublik auf Zugang zu den Weltmärkten angewiesen ist und dass Abschottung und Protektionismus kein erfolgversprechendes Konzept sein können. Dies unterscheidet Deutschland von den USA, aber auch von europäischen Nachbarländern wie Frankreich. Die französische Bevölkerung ist anders als die deutsche mehrheitlich überzeugt, dass ihre Wirtschaft unter der Globalisierung leidet. Entsprechend finden protektionistische Maßnahmen wie beispielsweise höhere Zölle auf Einfuhren in Frankreich weitaus mehr Unterstützung als in Deutschland. Insgesamt spricht wenig dafür,

dass eine Politik, die auf ökonomische Abschottung setzt, in Deutschland auch nur annähernd die Resonanz finden könnte, wie die Kampagne des globalen Unternehmers Trump.

Wer Parallelen zu den Ursachen der Abstimmungsergebnisse in Amerika und Großbritannien sucht, wird eher bei der Beziehung zwischen Bürgern und Eliten fündig. Auch in Deutschland gibt es weit verbreitet ein Gefühl von Distanz und Zweifel, ob sich die Politik den Interessen und dem Wohl der Bürger verpflichtet fühlt. Nur 37 Prozent der Bevölkerung vertrauen darauf, dass der Politik die Interessen der Bürger wichtig sind, annähernd 60 Prozent sind hier skeptisch. Die Anhänger von AfD und Linker sind weit überdurchschnittlich überzeugt, dass die Interessen der Bevölkerung von der Politik sogar völlig ignoriert werden: 16 Prozent aller Bürger, aber 36 Prozent der Anhänger der Linken und 45 Prozent der AfD-Anhänger vertreten diese Auffassung.

Schaubild 4

Tabelle A 8

Bei aller Skepsis in Bezug auf die Bürgernähe der Politik befördert der Blick über die deutschen Grenzen hinaus zurzeit jedoch eine relative Zufriedenheit mit der Politik hier im Land. 73 Prozent der Bürger finden, im Vergleich zur politischen Situation in anderen Ländern seien wir in Deutschland "noch gut dran". Die politisch interessierten Bevölkerungskreise sehen dies genauso wie die desinteressierten.

Schaubild 5

Das, was die amerikanischen Wahlen so stark beeinflusste, das Bedürfnis nach einer tiefgreifenden Veränderung, einem radikalen Politikwechsel, ist in Deutschland ein Minderheitenphänomen. 29 Prozent halten einen grundlegenden Kurswechsel für notwendig, 57 Prozent dagegen nur begrenzte Korrekturen; der Kreis, der keinerlei Korrekturbedarf sieht, ist mit 7 Prozent denkbar klein. In Ostdeutschland wird weitaus mehr als in Westdeutschland ein grundlegender Kurswechsel eingefordert: 26 Prozent der Westdeutschen, aber 41 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass Deutschland eine völlig andere Politik braucht.

Schaubild 6

Vor allem ist dies jedoch das Credo der Anhänger der Parteien am rechten und linken Rand: 66 Prozent der Anhänger der Linken, 71 Prozent der AfD-Anhänger möchten einen radikalen politischen Wandel. Dies unterscheidet sie von den Anhängern der anderen Parteien wie kaum eine andere Position. Die Unterstützung für die Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums ist in diesem Jahr nicht mehr gewachsen, sondern bewegt sich auf ähnlichem Niveau wie am Jahresbeginn. Die Linke erreicht zurzeit 9,5 Prozent, die AfD 10,5 Prozent. Es spricht wenig für die These, dass es eine Tendenz gibt, AfD-Neigungen zu verschweigen. Auch diese These ist durch die amerikanischen Wahlen befeuert worden, ausgehend von dem Eindruck, dass Sympathien für Trump in den USA verschwiegen wurden. Die Umfragen vor der

Tabelle A 9

Tabelle B 1

Wahl widerlegen diese These jedoch. Knapp die Hälfte der Wahlwilligen outeten sich ohne Weiteres als Trump-Anhänger. Dies liegt nahe an dem Ergebnis der abgegebenen Wählerstimmen.

Genauso gibt es in Deutschland wenig Scheu, sich zur AfD zu bekennen. Der Kreis, für den die Partei grundsätzlich wählbar ist, erreicht annähernd 20 Prozent, und mehr als doppelt so viele kommentieren die regionalen Wahlerfolge der Partei mit Genugtuung. Der Rückgang der Flüchtlingszahlen hat die Entwicklung der Partei jedoch ausgebremst. *) Zurzeit wächst die Unterstützung für die Unionsparteien; die Politik der Kanzlerin erfährt erstmals seit Ausbruch der Flüchtlingskrise wieder mehr Zustimmung als Ablehnung. Ob sich diese Entwicklung fortsetzt, wird weniger von der ökonomischen Entwicklung der nächsten Monate abhängen als von Erfolgen und Misserfolgen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

*)siehe dazu Dokumentation des FAZ-Artikels "Außenminister mit beträchtlichem Rückhalt" vom 20. Oktober 2016.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1459
Befragungszeitraum:	1. Dezember bis 15. Dezember 2016
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Schichten

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 14 Jahre

FRAGE: "Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?
Würden Sie sagen ..."

	Bevölk. insg. %	Gesellschaftlich wirtschaftlicher Status					
		Hoch		Mittel		Niedrig	
		2006 %	2016 %	2006 %	2016 %	2006 %	2016 %
"sehr gut / gut"	53	67	78	39	53	22	31
"es geht"	35	26	16	45	37	44	44
"eher schlecht / schlecht"	9	5	2	14	6	33	21
"weiß nicht, keine Angabe"	3	2	4	2	4	1	4
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA), 2006 und 2016

Die Einschätzung der eigenen wirtschaftliche Lage im Rückblick und zukünftig

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen:
Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Besser.....	33
Schlechter.....	15
Kein Unterschied.....	52
	<hr/>
	100

FRAGE: "Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser oder schlechter gehen wird als heute, oder wird es in etwa gleichbleiben?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Besser gehen.....	23
Schlechter gehen.....	9
Wird in etwa gleichbleiben.....	55
Unmöglich zu sagen.....	13
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Gute Aussichten für die junge Generation

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten der jüngeren Generation, also der Generation der unter-30-Jährigen hier in Deutschland ein: Hat diese Generation Ihrer Meinung nach sehr gute, einigermaßen gute, eher schlechte oder sehr schlechte Zukunftsaussichten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sehr gute / einigermaßen gute	68
Eher schlechte / sehr schlechte	26
Unentschieden, keine Angabe	6
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Die Globalisierung wird von allen Schichten
als eher vorteilhaft für die deutsche Wirtschaft
gesehen

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Profitiert die deutsche Wirtschaft alles in allem
von der Globalisierung, oder schadet die Globalisierung der deutschen
Wirtschaft eher?"

	Bevölk. insg. %	Politisch	
		Interessiert %	Nicht interessiert %
Profitiert davon.....	51	60	41
Schadet eher	14	15	13
Unentschieden, keine Angabe	35	25	46
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Die unteren Einkommenschichten sehen sich unterdurchschnittlich als Profiteure der Globalisierung

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Und wie ist es bei Ihnen persönlich: Würden Sie sagen, Sie haben von der Globalisierung alles in allem eher Vorteile oder eher Nachteile?"

	Bevölkerung insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen unter 1750 Euro
	%	%
Vorteile	28	19
Nachteile	13	17
Unentschieden, keine Angabe	59	64
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Nur ein Fünftel der Bevölkerung hält die Globalisierung für ein Risiko

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren? (Listenvorlage)

Auszug aus den Vorgaben

	Bevölkerung insgesamt
	%
Die Globalisierung	19

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage11064, Dezember 2016

Zu TTIP und CETA haben viele keine
Meinung

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Seit einiger Zeit verhandeln die EU und die USA über ein Freihandelsabkommen, TTIP genannt. Halten Sie ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA alles in allem für eine gute oder keine gute Sache?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gute Sache	23
Keine gute Sache	33
Unentschieden, keine Angabe	44
	<hr/> 100

FRAGE: "Vor Kurzem haben die EU und Kanada das Freihandelsabkommen CETA beschlossen. Nach dem, was Sie darüber gehört oder gelesen haben: Glauben Sie, dieses Freihandelsabkommen ist eine gute Sache oder keine gute Sache?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gute Sache	25
Keine gute Sache	27
Unentschieden, keine Angabe	48
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Vor allem Anhänger der Linken und der AfD
sehen Bürgerinteressen von der Politik kaum
berücksichtigt

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was ist Ihr Eindruck: Wie wichtig sind der Politik die Interessen und das
Wohl der Bürger? Würden Sie sagen ..."

	Bevölk.	Anhänger von -	
	insg.	Die Linke	AfD
	%	%	%
"sehr wichtig"	5	3	2
"wichtig"	32	11	10
"weniger wichtig"	43	47	43
"gar nicht wichtig"	16	36	45
Keine Angabe	4	3.....	x
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Nur die Anhänger von den Linken und der AfD
fordern mehrheitlich eine grundlegende
Änderung der Politik

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Berufstätige

FRAGE: "Würden Sie sagen, wir brauchen in Deutschland eine grundlegend andere Politik, oder reichen begrenzte Korrekturen, oder sind Ihrer Meinung nach keine nennenswerten Änderungen der Politik notwendig?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Grundlegend andere	29	11	28	33	21	66	71
Begrenzte Korrekturen	57	70	57	55	69	31	27
Keine nennenswerten Änderungen	7	12	6	11	5	1	x
Unentschieden, k.A.	7	7	9	1	5	2	2
	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11064, Dezember 2016

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

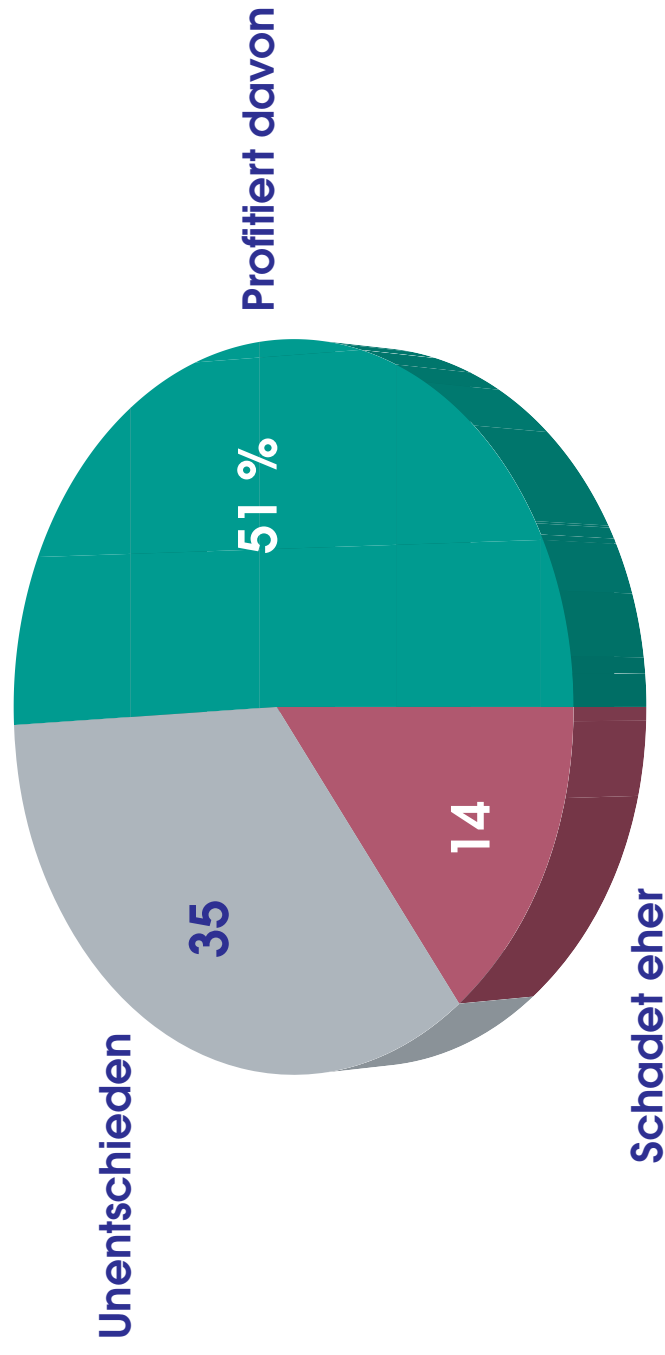
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: 9.-23. Januar	41,5	4,0	25,0	10,5	8,5	6,0	4,5
1.-12. Februar	41,0	5,0	25,5	9,5	9,0	6,0	4,0
1.-12. März	41,5	5,0	26,0	9,5	8,0	6,0	4,0
28. März-10. April	40,5	5,0	26,5	9,5	8,5	6,0	4,0
2. bis 18. Mai	41,5	5,0	25,5	9,5	9,0	5,0	4,5
1.-14. Juni	41,5	5,0	26,0	10,0	8,5	4,0	5,0
1.-13. Juli	40,5	5,5	25,5	10,0	9,5	4,0	5,0
1.-14. August	41,5	5,5	26,0	9,5	9,0	3,5	5,0
1.-12. September	42,0	6,0	25,5	9,5	8,5	3,5	5,0
3.-16. Oktober	38,0	5,5	26,0	9,5	9,0	7,0	5,0
1.-12. November	37,5	5,5	26,0	9,5	9,5	7,0	5,0
28. Nov.- 10. Dez.	38,0	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: 7.-21. Januar	35,0	6,5	25,0	9,0	9,5	10,0	5,0
1.-11. Februar	33,5	7,0	24,0	10,0	10,0	10,5	5,0
26.2.-10. März	35,0	7,0	24,5	10,0	9,0	10,5	4,0
1. bis 14. April	33,5	8,0	23,0	11,0	9,0	10,5	5,0
28. April-12. Mai	33,5	8,0	21,0	11,5	9,0	12,5	4,5
27. Mai - 9. Juni	33,5	8,0	21,0	12,0	9,0	11,5	5,0
1. bis 14. Juli	35,5	7,0	22,5	12,0	9,5	9,5	4,0
3. bis 17. August	34,5	7,5	23,0	11,5	9,0	10,0	4,5
3. bis 15. Sept.	33,5	7,0	24,0	11,0	7,0	12,5	5,0
1. bis 13. Okt.	33,0	7,5	22,0	12,0	9,0	12,5	4,0
28. Okt. bis 10. Nov.	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	10,5	5,0
1. bis 15. Dez.	35,5	7,5	22,0	10,0	9,5	10,5	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.459 Personen

Schaubilder

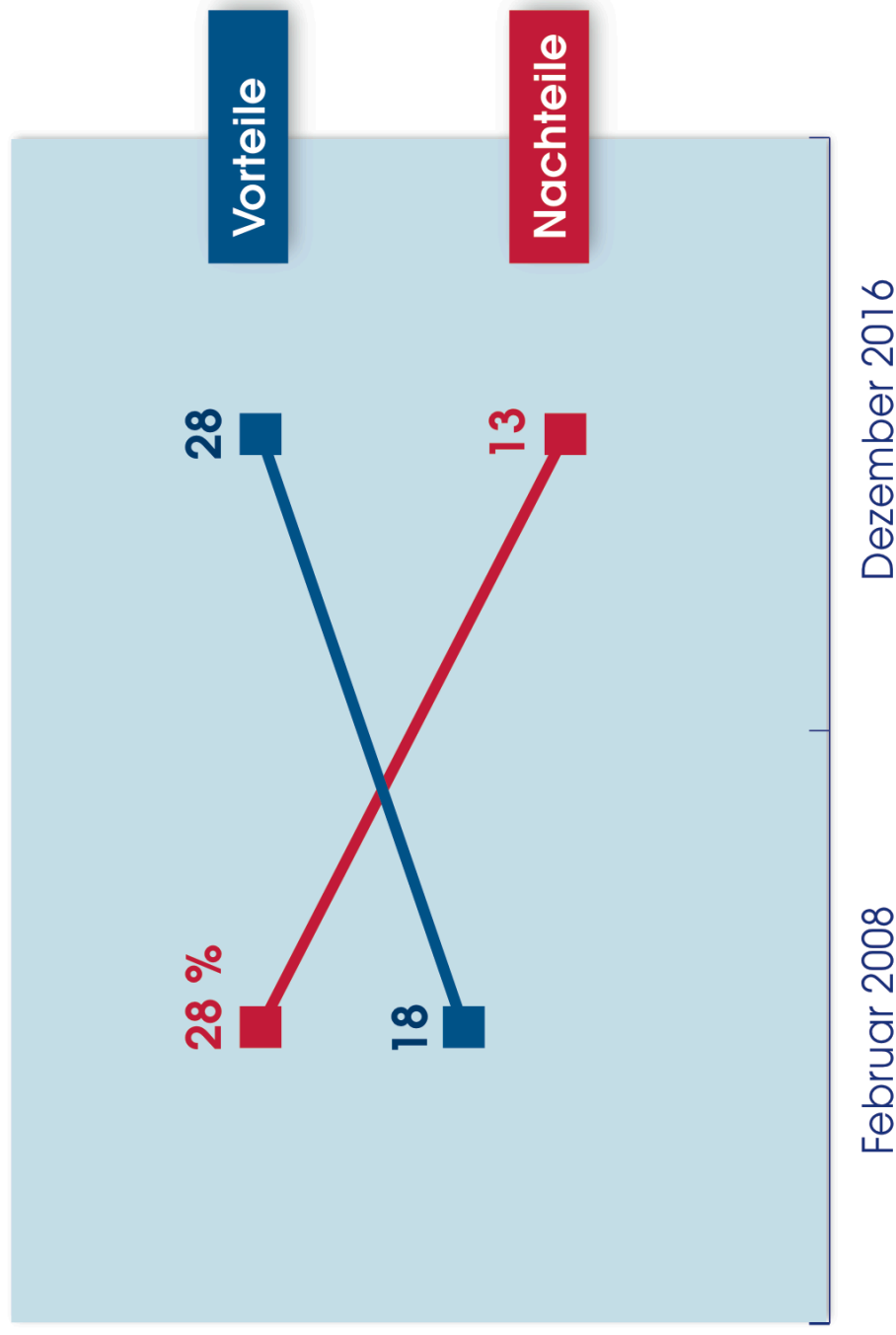
Profiteur der Globalisierung

Frage: "Was würden Sie sagen: Profitiert die deutsche Wirtschaft alles in allem von der Globalisierung, oder schadet die Globalisierung der deutschen Wirtschaft eher?"



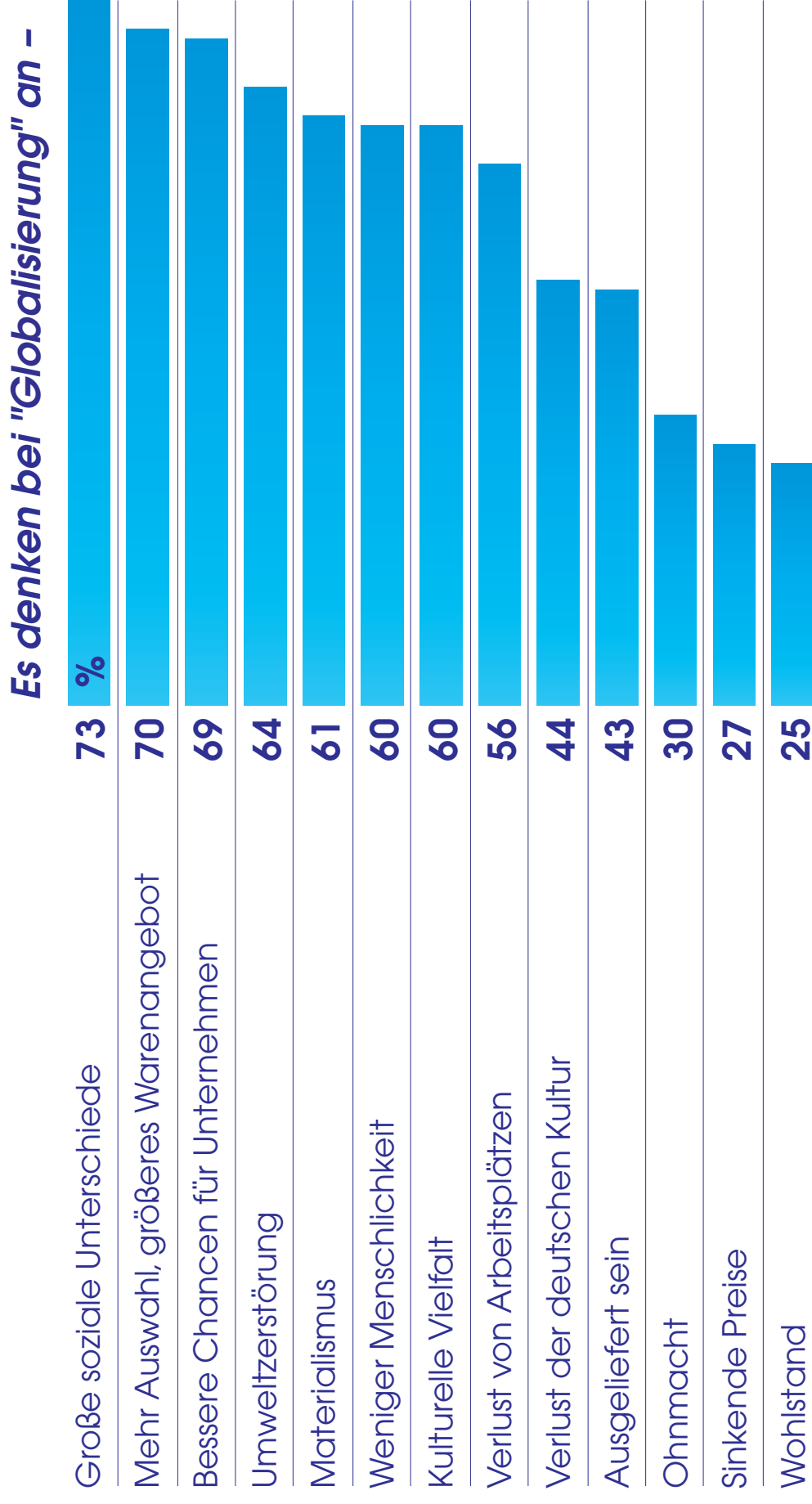
Veränderte persönliche Bilanz

Frage: "Wie ist das bei Ihnen persönlich: Würden Sie sagen, Sie haben von der Globalisierung alles in allem eher Vorteile oder eher Nachteile?"



Assoziationen zu Globalisierung

Frage: "Wenn Sie den Begriff 'Globalisierung' hören, woran denken Sie dann?"



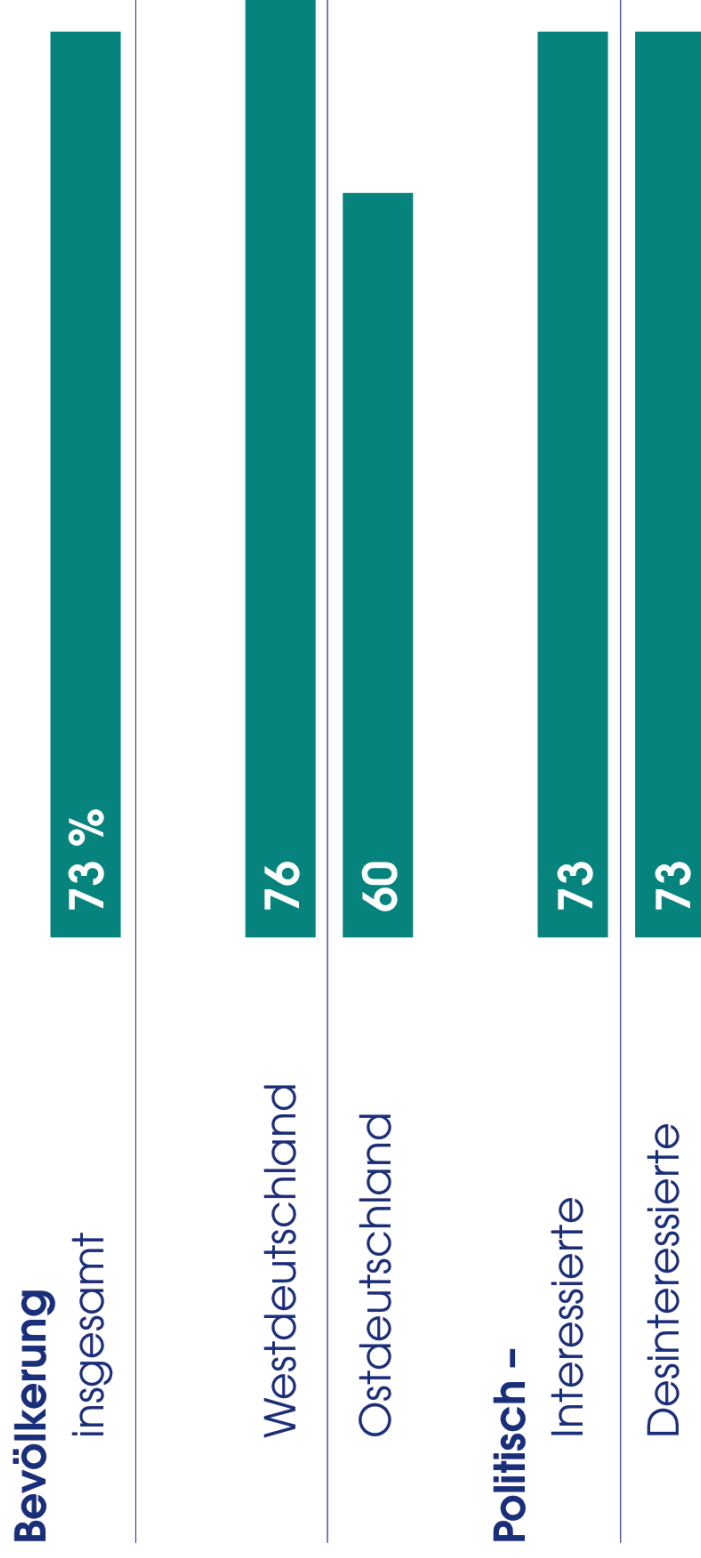
Distanz zwischen Politik und Bürgern

Frage: "Was ist Ihr Eindruck: Wie wichtig sind der Politik die Interessen und das Wohl der Bürger?
Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt
"sehr wichtig"	5
"wichtig"	32
"weniger wichtig"	43
"gar nicht wichtig"	16
Unentschieden	4
	100

Relative Zufriedenheit

"Wenn man sich anschaut, was in anderen Ländern politisch los ist, dann sind wir in Deutschland noch gut dran."



Politikwechsel?

Frage: "Würden Sie sagen, wir brauchen in Deutschland eine grundlegend andere Politik, oder reichen begrenzte Korrekturen, oder sind Ihrer Meinung nach keine nennenswerten Änderungen der Politik notwendig?"

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
Grundlegend andere Politik	29	26	41
Begrenzte Korrekturen	57	59	48
Keine nennenswerten Änderungen	7	8	4
Unentschieden, keine Angabe	7	7	7
	100	100	100

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 299
vom 22. Dezember 2016, S.8, unter dem Titel:

"Deutschland ist anders. In Deutschland wird die
Globalisierung positiv gesehen, und es besteht kein
Bedürfnis nach einem radikalen Politikwechsel."